

Beiträge zur Zeitgeschichte



Von Dr. Klaus Rose

Die Wahl des Bundespräsidenten – frei und geheim?

Zum 23. Mai 2009 wird wieder einmal „die Bundesversammlung“ einberufen. Einziger Zweck ist die Wahl des/der neuen Bundespräsidenten/in. Genau 1028 Wahlmänner oder Wahlfrauen entscheiden nach ihrem Gewissen, wer nächstes Staatsoberhaupt in Deutschland sein wird. Das war immer so, egal ob man in Bonn oder in Berlin zusammenkam. Doch nicht selten war es auch eine Richtungswahl und nicht so sehr eine Persönlichkeitswahl. Einerseits dokumentierten sich die aktuellen politischen Mehrheiten, andererseits wurden für einen gewünschten Stimmungsumschwung die entsprechenden Mehrheiten herbei geredet oder herbei geschrieben. Dieses Mal, im Jahr 2009, geht es erneut nicht bloß um eine „völlig freie Wahl“. Pikant: wie in den zurückliegenden Jahren nehmen nicht bloß politische Profis an der Versammlung teil, sondern mehr oder weniger „bekannte Persönlichkeiten aus dem Volk“. Damit stehen Mehrheiten nicht von vorneherein fest. Zum ersten Mal sind auch „Die Freien Wähler“ offiziell dabei. Auch diese haben schon für Aufsehen gesorgt. Aus der Donaustadt Vilshofen nahmen bei früheren Wahlen Baptist Kitzlinger und Franz Meyer sowie – sechsmal – der örtliche Bundestagsabgeordnete teil.

Es war vor genau 60 Jahren, dass mit dem Professor aus dem Schwabenland, Theodor Heuss (FDP), das erste Staatsoberhaupt der neuen Bundesrepublik Deutschland gewählt wurde. CDU/CSU und FDP hatten die erste Richtungswahl gewonnen. Für die SPD war deren damaliger Parteichef Kurt Schumacher angetreten. Schon in der zweiten Wahlrunde hatte es zur Mehrheit für Heuss gereicht. Er blieb zehn Jahre lang Bundespräsident.

Die Ahnenreihe der Bundespräsidenten

Vor 50 Jahren war dann der Sauerländer Heinrich Lübke (CDU) gewählt worden, der auch zehn Jahre amtierte. Vor 40 Jahren symbolisierte der Amtsantritt des Westfalen Gustav Heinemann (SPD) den politischen Machtwechsel, der bei der darauffolgenden Bundestagswahl erfolgen sollte. Denn die FDP hatte mit der SPD taktiert und ab sofort mit dem Markenzeichen „Sozialliberale Koalition“ für 13 Jahre die Geschichte der Bundesrepublik geprägt. Heinemann blieb aber bloß eine Periode im Amt, ebenso wie sein Nachfolger Walter Scheel (FDP), geboren in Solingen.

Vor nunmehr 30 Jahren gab es die Neuerung, dass mit dem in Bremen geborenen Karl Carstens (CDU/CSU) ein Bundespräsident aus der Opposition heraus gewählt wurde – mit Hilfe der Unionsmehrheit in den Bundesländern. Er war vorher Fraktionsvorsitzender im Bun-

destag, was natürlich prompt zu schärferen politischen Auseinandersetzungen führte. Diese entluden sich im Bundestagswahlkampf 1980 – mit dem Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß (CSU). Doch als „wandernder Bundespräsident“ erwarb sich Carstens in seiner einzigen Wahlperiode eine größere Zuneigung. Er war auch in der Bayerwald-Region gern gesehener Gast. Gemeinsam mit dem Regierungswechsel 1982 trug Carstens zur Vorbereitung des sensationellen Ergebnisses vor 25 Jahren bei, als mit dem Freiherrn Richard von Weizsäcker (CDU/CSU), vorher schon regierender Bürgermeister von Berlin, die beiden großen Volksparteien erstmals einen gemeinsamen Bewerber hatten. Schon im 1. Wahlgang hatte er gesiegt. Fünf Jahre später hatte er überhaupt keinen Gegenkandidaten.

Vor 15 Jahren gab es dann wieder eine Kampfabstimmung. Fünf Bewerber, darunter sogar einer der rechtspopulistischen „Republikaner“ (Hans Hirzel), waren angetreten. Erstmals siegte ein Bayer, nämlich der ehemalige Präsident am Bundesverfassungsgericht Roman Herzog (CDU/CSU), ursprünglich aus Landshut an der Isar stammend. Er begnügte sich mit einer Amtszeit, so dass es vor zehn Jahren wieder zu einem Wechsel zur SPD kam. Der langjährige NRW-Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) setzte sich 1999 gegen zwei Frauen durch (Dagmar Schipanski von der CDU und Uta



1994 war der Lyriker Reiner Kunze für die Region Passau Mitglied der Bundesversammlung (von links: Theo Waigel, Reiner Kunze, Klaus Rose, Roman Herzog, Klaus Kinkel).

Ranke-Heinemann, unterstützt von der PDS). Vor fünf Jahren siegte dann bereits im ersten Wahlgang der Überraschkandidat Horst Köhler (CDU), der auch wieder „aus der Opposition heraus“ gewonnen hatte. Bei der amtierenden rotgrünen Bundesregierung hatte er die Stimmen von CDU/CSU und FDP hinter sich. Seine Amtsführung war so gut, dass er in den Beliebtheitswerten bestens abschnitt. Trotzdem ergab sich für die angestrebte Wiederwahl im Jahr 2009 die gleiche Ausgangssituation wie 2004. Denn mit der von der SPD unterstützten weiblichen Kandidatin aus den neuen Bundesländern, Gesine Schwan, trat dieselbe Gegenbewerberin wie 2004 an. Dass auch „Die Linken“ mit einem Schauspieler antraten, war das i-Tüpfelchen der Besonderheiten.

„Richtungswahlkampf“ oder „Freie Wahl“

Wer die letzten 60 Jahre durchleuchtet, spürt die Bedeutung der Bundespräsidentenwahl für die deutsche Politik. In der „Sowjetischen Besatzungszone“ und späteren DDR regierte die „Sozialistische Einheitspartei“ SED, welche die obersten Posten nach strammem Parteimuster vergab. Landsmannschaftliche oder lagerpolitische Entscheidungen gab es dadurch nicht. Erst seit dem Jahr 1994 konnten sich die Anhaltiner-Sachsen, die Brandenburger, Mecklenburger, Vorpommern oder die Sachsen und Thüringer im wiedervereinten Deutschland einbringen. Bisher hatten sie aber den obersten Platz noch nicht belegt. Ganz typisch war es 1969 gewesen, als es mit Gustav Heinemann, ehemals mehr dem

christlichen Lager zuzurechnen, zum Wegbereiter der sozialliberalen Koalition kam. Die „Ostpolitik“ von Willy Brandt (SPD) und Hans-Dietrich Genscher (FDP) konnte sich durchsetzen. Eine jahrelange Kampagne um „Ewiggestrig“ oder „Verrat“ beherrschte die nun einsetzende politische Agitation. Denn die ersten zwanzig Jahre der Bundesrepublik Deutschland hatten dem „Bürgerlichen Lager“ gehört (Bundeskanzler Adenauer, Erhard, Kiesinger) – und jetzt kam für dreizehn Jahre das „Linksliberale Lager“ an die Macht. Brutale, auch persönliche Auseinandersetzungen waren die Folge. Während man den Unionsparteien eine Nähe zum Nationalsozialismus unterstellte, weil auch ehemalige Parteimitglieder in führende Positionen im Staat oder bei der neuen Bundeswehr kamen, hängte man den Linksliberalen den Ruch der „Moskautreue“ an. Personelle Beispiele für diese Etikettierung gab es natürlich. Nicht selten hatten aber jene am deutlichsten mit dem Finger gegen die anderen gezeigt, die selbst etwas zu verbergen hatten. Spät, fast zu spät, war mit der Aufdeckung der SS-Mitgliedschaft von Günther Grass ein besonders typisches Beispiel der „Vergangenheitsbewältigung“ gelöst worden. Karl Carstens hatte im Jahr 1979 noch eine extreme Diffamierung als „Alt-Nazi“ zu ertragen gehabt.

Derartige Spiele stecken heute

nicht mehr hinter den Wahlstrategien. Aber nur um die sympathischere oder erfolgversprechendere Persönlichkeit geht es auch nicht. Wie mit allen Wahlen stimmt der Slogan: „Erfolg zeitigt den Erfolg“. Wer die eine Etappe für sich entschieden hat, kann die nächste leichter anpacken. Das wäre im Bundestags- und Europawahljahr 2009 ein umso verlockenderes Signal, wenn eine überraschende Entscheidung durch die Bundesversammlung gefällt würde. Die jeweiligen Parteistrategen sind daher bemüht, die „Freiheit der Wahl“ nicht zu übertreiben. Das schon oft übliche Verfahren, parteilich ungebundene Persönlichkeiten zu Mitgliedern der Bundesversammlung zu berufen, erfährt deshalb in diesem Jahr seine Grenzen.

Zusammensetzung der Bundesversammlung

Je zur Hälfte besteht die Bundesversammlung aus den derzeit 614 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und den von den Länderparlamenten nach deren Machtverhältnissen berufenen Personen. Nach dieser Arithmetik läuft alles auf eine knappe Entscheidung hinaus. Der Amtsinhaber und die erneute Herausforderin sowie der Kandidat der Linken bringen es im ersten Wahlgang nicht zu einer klaren Entscheidung. So ist auch zu verstehen, dass die erstmals offiziell in der Bundesversammlung vertretenen „Freien Wähler“ besonders beäugt werden. Kleinere und größere Scharmützel um deren mögliches Abstimmungsverhalten sind die Folge. Eigentlich kann man ein geschlossenes Auftreten gar nicht erwarten. Denn „nur konservativ“, wie man in Bayern vermutet, sind „die Freien“ auch wieder nicht. Die „Denkzettelwahl“ gegen die CSU durch die „aus dem Holz der CSU geschnitzten Freien Wähler“ – wie manche Kommentatoren meinten – bekommt also ihre eigene Dynamik. Die Freie Wählergemeinschaft in Vilshofen steht beispielsweise den Grünen näher, und andernorts ist es ähnlich. „Bürgerlich“ sind „Freie Wähler“ also nicht automatisch.

Entscheiden bekannte Persönlichkeiten?

Können sich Union, SPD, FDP, Grüne und Linke diesmal erneut großzügig zeigen und „Wahlwerbung in eigener Sache“ betreiben, indem sie bekannte Persönlichkeiten auf ihren Listen auftreten lassen? Günther Grass beispielsweise oder Fürstin Gloria? Auch im Passauer Raum hatte es sich eingebürgert, mit dem Pfund bekannter außerparlamentarischer Namen zu wuchern. Nach Reiner Kunze 1994 hatte man

das letzte Mal den Skispringer Michael Uhrmann zur Bundesversammlung gebeten. Eine nette Pressemitteilung hatte jedenfalls gutgetan. In einer Medien- und Fernsehdemokratie leben alle vom Glamour. Wenn jedoch die Wahl deshalb „schiefegehen“ sollte, würden womöglich Köpfe rollen. Aber war das in den letzten 60 Jahren anders? Oder bekommen in Zukunft jene Stimmen mehr Gewicht, die überhaupt eine „Volkswahl“ des Staatsoberhauptes wollen? Der dann eine neue Rolle mit viel mehr Einfluss spielen müsste? Viel hängt von der jetzt anstehenden Wahl ab – und ihren Folgewirkungen bei Bund und Europa.